

Alexander Radwan, MdB



Radwans Notizen



Meisterbrief erhalten

Die Europäische Kommission evaluiert derzeit die nationalen Zugangsvoraussetzungen für Berufe in den Mitgliedsstaaten und ob diese wirtschaftshemmend wirken. Die Bundesregierung begleitet diesen Prozess aktiv. Der Meisterbrief im Handwerk steht für uns in diesem Verfahren nicht zur Disposition. Er ist ein Garant für eine hochwertige Ausbildung und eröffnet berufliche Perspektiven, die oft weit über das Handwerk hinausgehen. Das bestehende System leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstandes sowie zum Verbraucherschutz.

Ägypten nach dem Mubarak-Urteil

Ägyptens ehemaliger Präsident Hosni Mubarak ist von einem Gericht vom Vorwurf, für die rund 850 Toten des Aufstandes im Frühjahr 2011 verantwortlich zu sein, freigesprochen worden. Dazu durfte ich mich in dieser Woche im Rahmen eines [Polit-Talks für den arabischen Sender der Deutschen Welle](#) äußern. Das Urteil wirft viele Fragen auf. Eine Revision durch die Staatsanwaltschaft wird derzeit geprüft. Wir werden mit großem Interesse beobachten, wie die Aufarbeitung des Unrechts der vergangenen Jahre erfolgt.

Entlastung der Länder und Kommunen ab 2015

Es ist wichtig, den Städten und Gemeinden mehr finanziellen Spielraum für konkrete Projekte vor Ort zu verschaffen. Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag dazu die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Entlastung der Kommunen um jährlich eine Milliarde Euro ab 2015 beschlossen. Dafür übernimmt der Bund einen größeren Anteil der Kosten für die Unterkunft im Rahmen des Arbeitslosengeldes II und stockt das Sondervermögen für den Kinderbetreuungsausbau auf. Zusätzlich wird der Kommunalanteil an der Umsatzsteuerverteilung erhöht.

Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf

Ebenfalls am Donnerstag hat das Plenum ein Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf beschlossen. Danach können Arbeitnehmer künftig eine bezahlte Auszeit für bis zu zehn Tage nehmen, wenn sie kurzfristig die Pflege eines Angehörigen organisieren müssen. Zudem wird es für Arbeitnehmer in Betrieben mit mehr als 25 Mitarbeitern einen Anspruch auf eine bis zu 24 Monate dauernde Familienpflegezeit geben, für die ein vom Bund getragenes, zinsloses Darlehen beantragt werden kann.

Ihr

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227 71963
Fax: 030 227 76963
Email: alexander.radwan@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Valepper Str. 28
83700 Rottach-Egern

Telefon: 08022 670446
Fax: 08022 670727
Email: alexander.radwan.wk@bundestag.de

Angemerkt:

Die Gerichte im Bundesgebiet haben 2013 Freiheitsstrafen von insgesamt 2.154 Jahren und Geldstrafen in einer Gesamthöhe von 43.979.951 Euro wegen Steuerhinterziehung verhängt - 187 Jahre und 12.530.958 Euro weniger als im Vorjahreszeitraum. Aufgrund der Abgabe von Selbstanzeigen bei den Finanzbehörden der Länder wurden 18.032 begonnene Justizverfahren wieder eingestellt. 2012 waren es nur 11.802 gewesen.